

Gotthardstrasse 38
6490 Andermatt
lloretz@bluewin.ch

► **Industriezollabbau**

Chance verpasst!

Ausgangslage und Fakten

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sind positive, einfach und breit anwendbare Impulse seitens der Politik essenziell. Mit seiner ablehnenden Haltung zum Industriezollabbau setzt der Nationalrat in Krisenzeiten das absolut falsche Signal für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Während in Deutschland zügig Steuersenkungen zur Ankurbelung der Konjunktur beschlossen wurden, tut sich das Schweizer Parlament schwer mit dem dringend nötigen Abbau von wirtschaftsfeindlichen Regulatorien.

Mit seiner ablehnenden Haltung zum Industriezollabbau setzt der Nationalrat in Krisenzeiten das absolut falsche Signal für unseren Wirtschaftsstandort.

Das Resultat der Nationalratsdebatte ist unverständlich, vor allem angesichts der offensichtlichen Vorteile durch die Abschaffung der Importzölle auf Industrieprodukte. Zu diesen Vorteilen zählen geringere Kosten für Unternehmen, tiefere Preise für Konsumenten, Einsparungen auf Seite der Zollverwaltung und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft.

Durch den Zollabbau hätte das wirtschaftspolitische Umfeld für Schweizer Unternehmen langfristig verbessert werden können.

Die Vorlage ist Teil des bundesrätlichen Massnahmenpakets gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Sie bezweckt die Reduktion von ungerechtfertigten Handelshemmnissen.

Davon hätten auch Urner Firmen welche zum Teil stark im Ausland tätig sind hätten profitiert. So zum Beispiel:

- Dätwyler AG
- Ruch AG
- RUAG
- Schmelzmetall AG
- SISAG Holding AG
- Gipo AG

und weitere mehr.

Vor allem die administrative und finanzielle Entlastung für die Unternehmungen hätten einen besonders positiven Effekt.

Schweizer Unternehmen bezahlen aktuell rund 500 Millionen Franken Zollkosten pro Jahr, auch für Importe von Industrie- und Investitionsgütern. Insgesamt ist das Zollwesen dermassen kompliziert orchestriert, dass der administrative Aufwand für die KMU enorm gross ist.

Auch hätte der unilaterale Zollabbau, entgegen der Meinung von Seiten SVP, keine Auswirkung auf Verhandlungen bei Freihandelsabkommen.

Entscheidend für Freihandelsabkommen sind vielmehr Innovationen, der Schutz von geistigem Eigentum oder auch die technischen Handelshemmnisse und damit vor allem eben der neue Markt, der erschlossen wird.

Ebenfalls muss, um über Zölle Umwelt- oder Industriepolitik zu betreiben, zuerst das bestehende System mit seinen Hürden abgebaut werden.

Erst danach ist der Weg für die Parteien frei, um Regeln zu finden, um Produkte nach selektiven Kriterien mit Abgaben zu belasten, und somit das Konzept einer Nachhaltigkeitssteuer anzugehen.

In der Nach-Corona-Zeit, welche für die Wirtschaft besonders schwierig wird, unterstützt die Abschaffung der Industriezölle einen industriellen Aufschwung. Davon profitieren auch die Konsumenten durch tiefere Preise, weil 70 Prozent der bezahlten Zölle auf Konsumgütern erhoben werden.

Die Verwaltung schätzt die positiven Effekte auf 860 Millionen Franken, also auf mehr als die 560 Millionen Franken, die an Einnahmen wegfallen.

Die volkswirtschaftlichen Aspekte in Franken zu bemessen, ist aber schwierig, weil eine erfolgreiche Standortpolitik immer komplex ist.

Die Bedingungen für produzierende Branchen sind so zu gestalten, dass es für sie interessant wird, in der Schweiz zu produzieren, Arbeitsplätze zu schaffen und Gewinne zu erzielen.

Dann kommt der Staat nämlich wieder zu Steuereinnahmen.

Mit diesen Einnahmen können auch Begehrlichkeiten wie die Individualbesteuerung oder sonstige Steuererleichterungen für natürliche Personen oder auch für Familien finanziert werden.

Ludwig Loretz, Landrat FDP



Andermatt, 6. Juni 2020
